Bericht des Regierungsrats an den Landrat

24. Januar 2017

Nr. 2017-41 R-362-11 Bericht zur Umsetzung der Änderung der eidgenössischen Gewässerschutz-, Wasserbau-, Energie- und Fischereiverordnung (Postulat Daniel Furrer, Erstfeld)

I. Ausgangslage

Am 25. Mai 2011 hat Landrat Daniel Furrer, Erstfeld, ein Postulat zur Umsetzung der Änderung der eidgenössischen Gewässerschutz-, Wasserbau-, Energie- und Fischereiverordnung eingereicht.

Mit dem Postulat wird der Regierungsrat um Berichterstattung über die Auswirkungen des Vollzugs des neuen eidgenössischen Gewässerschutzrechts im Kanton ersucht. Mit Beschluss vom 30. August 2011 hat der Regierungsrat die Grundzüge der Gesetzesänderung dargelegt und dem Landrat empfohlen, das Postulat nicht zu überweisen. Am 16. November 2011 hat der Landrat das Postulat mit 34 zu 17 Stimmen bei 6 Enthaltungen überwiesen.

Damit wird der Regierungsrat aufgefordert, dem Landrat einen Bericht zu folgenden Themen vorzulegen:

- die vorgesehenen Gewässer für die Ausscheidung von Gewässerräumen, Revitalisierungen und Sanierungen auf unserem Kantonsgebiet und deren Grundlagen dazu;
- die Auflagen, Einschränkungen, Auswirkungen und Kosten auf die betroffenen Kreise (Nutzer, Grundeigentümer), sowie deren Abgeltung und Finanzierung;
- den Einbezug der betroffenen Kreise (insbesondere Nutzer und Grundeigentümer) bei der Ausarbeitung und deren Umsetzung;
- die Umsetzung des Artikels 36a Absatz 3 des Bundesgesetzes über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz [GSchG]; SR 814.20) bei dem der Gewässerraum nicht als Fruchtfolgefläche (FFF) gilt und für den Verlust dieser Flächen nach den Vorgaben des entsprechenden Sachplans des Bunds Ersatz zu leisten ist;
- die konkreten Auswirkungen auf die Raumplanung unseres Kantons;
- die Kosten, die durch die öffentliche Hand zu tragen sein werden.

Der Regierungsrat beauftragte die Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion mit seinem Beschluss vom 2. Oktober 2012, ihm zu gegebener Zeit, wenn ein Grossteil der Informationen ohnehin erhoben sind und vorliegen, den Antrag zur Beantwortung des Postulats Daniel Furrer zu unterbreiten.

Dies ist nun der Fall. Mittlerweile (Stand Dezember 2016) herrscht auch auf Stufe Bund Rechtssicherheit. Die Ausführungsbestimmungen, insbesondere beim Gewässerraum, wurden auf Stufe Bundesverordnung konkretisiert. Zudem hat inzwischen eine Mehrheit der Urner Gemeinden die Gewässerräume im Rahmen der Nutzungsplanung ausgeschieden. Die übrigen Gemeinden haben gemäss kantonalem Planungs- und Baugesetz (PBG; RB 40.1111) die Ausscheidung der Gewässerräume bis spätestens Ende 2017 zu erledigen. Damit kann der Bericht zum Postulat Daniel Furrer dem Regierungsrat unterbreitet werden.

II. Bericht

Mit dem Bericht «Auswirkungen der neuen Gewässerschutzgesetzgebung» (siehe Beilage) gibt der Regierungsrat Auskunft zu den von den Postulanten aufgeworfenen Themen.

Der Regierungsrat hat die vorgesehene Ausscheidung von Gewässerräumen sowie Revitalisierungen und Sanierungen in seinem Strategieentscheid zum Gewässerraumvollzug im Kanton Uri vom 11. September 2012 und zur kantonalen Planung von Revitalisierungen und Gewässersanierungen vom 18. Dezember 2012 im Kanton Uri festgelegt. Bei der Ausarbeitung wurden die betroffenen Fachstellen für Gewässerschutz, Natur- und Heimatschutz, Fischerei, Hochwasserschutz sowie Landwirtschaft und Forst einbezogen. Die Umsetzung findet im Rahmen von ordentlichen Genehmigungsverfahren statt, so dass der Einbezug der betroffenen Kreise gewährleistet wird. Die Auflagen, Einschränkungen, Auswirkungen und Kosten auf die betroffenen Grundeigentümer sowie die Umsetzung betreffend Fruchtfolgeflächen richten sich nach den Rechtsgrundlagen des Bundes.

III. Antrag des Regierungsrats

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, Folgendes zu beschliessen:

1. Der Bericht «Auswirkungen der neuen Gewässerschutzgesetzgebung» (Postulat Daniel Furrer, Erstfeld) wird zur Kenntnis genommen.
2. Das Postulat Daniel Furrer, Erstfeld, zur Umsetzung der Änderung der eidgenössischen Gewässerschutz-, Wasserbau-, Energie- und Fischereiverordnung wird als materiell erledigt abgeschlossen.

Beilage

- Bericht «Auswirkungen der neuen Gewässerschutzgesetzgebung» (Beantwortung Postulat Landrat Daniel Furrer)